

Kuba vor dem Generationenwechsel

So wie es ging, geht es nicht mehr. Kuba steht vor grossen Problemen und Veränderungen. Doch zum Leidwesen nicht nur Washingtons dürften die KubanerInnen selbst dabei das entscheidende Wort sprechen. Auf sozialistische Werte wie soziale Gerechtigkeit und Solidarität mögen sie nicht verzichten.

von Franco Weis

»In Kuba gibt es erheblich mehr Fidelistas als KommunistInnen«, sagt eine Hauptstadtbewohnerin im Gespräch. Zwei Drittel der Bevölkerung haben nie einen anderen Präsidenten erlebt. Als 1994 – mitten in der tiefen Krise nach dem Zusammenbruch des realsozialistischen Lagers – in der Altstadt von Havanna eine Protestdemonstration lautstark einen Wechsel forderte (die einzige trotz eines Einbruchs der Wirtschaftsleistung um 35% in zwei Jahren), war der damals schon nicht mehr junge Fidel in Kürze zur Stelle. Ohne Leibwächter ging er auf die DemonstrantInnen zu und begann mit ihnen zu reden und zwei Stunden danach riefen dieselben, die »Fidel hau ab« geschrien hatten, voller Inbrunst: »VIVA FIDEL!«.

Auf diesem Charisma gründete wohl die Erwartung in Kuba ansässiger europäischer DiplomatInnen, dass die schwere Erkrankung von Fidel im August 2006 das »Kartenhaus« in sich zusammenbrechen lassen würde und stellten voller Erstaunen fest, dass sich kaum was veränderte und die Leute ihren gewohnten Tätigkeiten nachgehen. Dennoch stellt die Krankheit von Fidel ein tiefe Zäsur dar. Auch wenn Fidels Bruder Raul für einen reibungslosen Übergang mitgesorgt hat, ist nun endgültig klar geworden, dass in Kuba in den kommenden Jahren ein Generationenwechsel ansteht. Die Kader der ersten Stunde werden weniger und die grosse Herausforderung wird sein, sie durch eine neue Generation zu ersetzen, die während der Revolution gross geworden ist, die vorrevolutionären Zustände nur mehr aus Erzählungen kennt und seit 1990 – dem Beginn der »Kriegswirtschaft in Friedenszeiten« – eine Geschichte der Verluste erlebte. Ausserdem muss ein neuer Führungsstil gefunden werden, denn Fidel ist, wie es Raúl Castro ausdrückte, »nur durch die Partei als Gesamtes ersetzbar«, also durch eine kollektive Führung.

Aufschwung mit Lücken

Mitentscheidend für das Gelingen dieses Generationenwechsels wird das Ausmass der wirtschaftlichen Erholung sein. In den 1980er Jahren lebte die grosse Mehrheit der KubanerInnen ein recht angenehmes Leben: Arbeit, Kultur, Ferien, Grundversorgung, Rente usw. waren gesichert, eine durchschnittliche Familie – das waren fast alle, da der Staat flächendeckend 90% der materiellen Bedürfnisse abdeckte – besuchte ein bis zwei Mal pro Woche ein Restaurant.

Mit dem Beginn der 1990er Jahre war es mit dieser Sicherheit vorbei, die staatlichen Garantien nahmen ab. Zwar leidet auch heute in Kuba niemand Hunger, kein Kind lebt auf der Strasse, keine Schule oder Gesundheitseinrichtung wurde geschlossen; aber dennoch kam es zu schmerzlichen Einschnitten. Die subventionierten Grundnahrungsmittel der oft kritisierten »Rationskarte« – für die sich die 70% Armen in Lateinamerika gerne anstellen würden, wenn sie dafür billige Grundnahrungsmittel erhielten – reicht grad mal noch für die Hälfte des Monats und viele Artikel müssen teilweise oder ganz auf dem freien Markt – sei es in kubanischen Pesos zu umgerechneten Devisenpreisen oder in den allgemein zugänglichen und überall zu findenden Devisenläden – erstanden werden. Das ist für die auf 40% geschätzten KubanerInnen ohne jeglichen Devisenzugang kein Kinderspiel, vor allem wenn TouristInnen mit Markenturnschuhen und

Digitalkamera mittlerweile zum Strassenbild gehören und vorher für alle zugängliche Hotels mit einmal nur mehr AusländerInnen vorbehalten sind. Da ist die Gewissheit, dass die kubanischen Errungenschaften ohne Ausbeutung in der sogenannten Dritten Welt erarbeitet wurden, das Land weltweit am meisten EntwicklungsexpertInnen im Einsatz hat, für nicht wenige nur ein schwacher Trost.

Die Regierung hat die schmerzlichen sozialen Ungleichheiten zur Kenntnis genommen und den Kopf nicht in den Sand gesteckt. Erstmals wird – parallel zu den allgemeinen Rechten – sektorenspezifische Sozialpolitik betrieben, die sich an die 20% der Bevölkerung richtet, die von Armut bedroht ist. Diese erhalten nicht nur Zuschüsse, sondern auch soziale Begleitung. Zehntausende Jugendliche, die weder arbeiteten, noch zur Schule gingen, erhielten eine neue Chance und werden dafür bezahlt, sich ausbilden zu lassen. Nicht wenige konnten damit ins Arbeitsleben integriert und soziale Spannungen präventiv gemindert werden.

Aber die Hauptkonfliktpunkte bleiben die Kaufkraft der Löhne und der Transport. Raul Castro legt den Finger erstaunlich oft in offene Wunden und fordert Lösungen statt grosse Worte. Die Ankurbelung der landwirtschaftlichen Produktion gehört genauso zu den Prioritäten, wie die Erhöhung der Kapazitäten für Personen- und Gütertransport. Dazu gehören die Modernisierung des Eisenbahnnetzes und der Busflotte. Eine Verminderung der oft stundenlangen Anfahrtswege in unsäglichem Gedränge – das die meisten auch heute noch mit erstaunlichem Humor hinnehmen – wäre eine reale und dringend notwendige Verbesserung der Lebensqualität.

Über die Hälfte der Grundnahrungsmittel werden für rund 800 Millionen Euros importiert und trotz ausgiebiger Regenfälle und dem Ausbleiben von Tropenstürmen hat die lokale Nahrungsmittelproduktion im Jahr 2006 laut offiziellen Zahlen um 7% abgenommen. Die noch nicht abgeschlossene Reduktion der Anbaufläche von Zuckerrohr, vor allem auch mit der Herausforderung und Komplexität, ZuckerrohrarbeiterInnen mit vermehrter Eigenverantwortung Gemüse anbauen und Vieh zu züchten zu lassen, ist nur ein Teil der Antwort.

Das etatistische Modell der grossflächigen und kapitalintensiven Landwirtschaft ist gescheitert. Die Kooperativen produzieren auf rund einem Viertel der Anbaufläche über die Hälfte der landwirtschaftlichen Erträge. In diesem Bereich scheint sich ein Wechsel abzuzeichnen, da der Vater der städtischen Intensivlandwirtschaft, die mittlerweile Hunderttausende mit Gemüse versorgt und zehntausende Arbeitsplätze geschaffen hat, Raul Castro heisst. Für ihn ist es kein Problem, wenn jemand durch harte Arbeit vergleichsweise viel verdient. Lebenslanges Landnutzungsrecht mit Vererbungsmöglichkeiten und das Versprechen, Überschüsse frei verkaufen zu können, sollen die lokale Produktion ankurbeln, während höhere Preise bislang beim Kaffee die Ernte flugs verdoppelten und für andere Produkte wie Milch und Rindfleisch ebenfalls zur Debatte stehen.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind nicht schlecht. Im vergangenen Jahr stieg die Wirtschaftsleistung um spektakuläre 12,5% und selbst wenn die Sozialinvestitionen abgezogen werden, verbleiben laut der lateinamerikanischen Wirtschaftskommission CEPAL noch immer über 9%. Trifft hier die neoliberale Trauermelodie der gesunden Wirtschaft mit kranken KonsumentInnen etwa auch zu? So einfach ist dies nicht. Nach über zehn Jahren absoluter Mangelwirtschaft ist der Nachholbedarf enorm. So wurden erhebliche Mittel in die Energierevolution gesteckt, dank der die Versorgungsausfälle um 90% gesenkt und die Autonomie dank Nutzung der eigenen Gasvorkommen erhöht werden konnte.

Neben den vorrevolutionären Ami-Schlitten sind auch viele neue Fahrzeuge mit offiziellen Nummernschildern zu sehen. Ausserdem werden Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen renoviert und erweitert. Kuba hat in dieser Krisenzeit die Grösse der Schulklassen auf 20 Kinder in der Primarschule und 15 in der Oberstufe verringert und alle SchülerInnen erhalten Informatikunterricht. Die Universitätsausbildung wurde dezentralisiert und ist jetzt in jeder Kommune mit bestimmten Lehrgängen vertreten: Universalisierung der Uni-Ausbildung heisst die Devise. Als eine eher dunkle Wolke am Horizont zeichnet sich ein Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft ab, was dem Modell der arbeitsintensiven und nachhaltigen Nahrungsmittelproduktion entgegenstehen könnte.

Ein gravierendes Problem ist der Wohnraummangel. Dieses soll mittels nationaler Programme gemindert werden. Im Jahr 2006 wurde der Neubau von 100.000 Wohneinheiten angestrebt – und knapp verpasst; nun soll der Schwerpunkt auf Unterhalt und Reparatur gelegt werden. Von einem Glasfaserkabel nach Venezuela (mit Beitrittsmöglichkeiten für die karibischen und zentralamerikanischen Länder) erhofft sich das Land eine Verbilligung und Verbesserung der Kommunikation, die bislang »dank« US-Embargo via Satellit teuer erkaufte werden musste und mit ein Grund für den prekären Internetzugang ist.

Die Frage ist, inwieweit der Staat weiterhin über den überwiegenden Teil des erwirtschafteten gesellschaftlichen Surplus verfügen soll, um diesen gleichmässig zu verteilen und sozial zu investieren, oder ob ein grösserer Anteil individuell verteilt und somit persönlichen Entscheidungskriterien überlassen werden soll, was einen Anreiz für Arbeitsdisziplin und -effizienz darstellen würde, die heute oft zu wünschen übrig lassen. Sicher hätten die Leute gerne mehr Lohn, wären aber auch bitter enttäuscht, wenn Teile der allgemeinen Subventionen wegfallen würden. Das Abwägen dieser Faktoren ist ein wirtschaftlicher und sozialer Balanceakt.

Waren Auslandsinvestitionen in den 1990er Jahren Teil der Überlebensstrategie, wobei wenig Rücksicht auf Herkunft und Qualität genommen werden konnte, so hat sich dies geändert. Weniger, aber strategischere Investitionen sind gefragt und somit sinkt zwar die Zahl der Verträge, aber das Geschäftsvolumen selbst ist steigend. Die gemeinsamen Geschäfte setzten laut dem zuständigen Ministerium 3.1 Milliarden US-Dollars um, davon wurde gut die Hälfte exportiert und die Einnahmen durch Dividenden und Steuern betragen erkleckliche 800 Millionen. Eine bemerkenswerte Rolle spielt in diesem Zusammenhang und speziell in der Pharmaindustrie China: Sechs der zwölf gemeinsam betriebenen Unternehmen, die Medikamente für den gigantischen Markt in China herstellen, haben ihren Firmensitz dort – zweifellos ein enormes Wachstumspotenzial für diesen hochentwickelten kubanischen Wirtschaftszweig.

Die Ergebnisse des hohen Wirtschaftswachstum werden nicht rein materiell investiert. Ein Boom an Nachdiplomstudien und Magistern wird ebenso grosszügig aus öffentlichen Mitteln finanziert, wie die Ausbildung von gegenwärtig 28.000 StudentInnen aus 120 Ländern, davon 22.000 ÄrztInnen. Zusammen mit Venezuela werden kostenlos operierbare Augenleiden behoben. Bereits wurden über eine halbe Million LateinamerikanerInnen behandelt, wobei es zu beinahe absurden Situationen kommt: hunderte arme uruguayische Sehkranken wurden auf kubanische Kosten nach Havanna zur Operation geflogen und das wohlhabende Uruguay mit seiner Mittellinksregierung bringt dafür keinen Steuerpfennig auf.

Ein nicht unwesentlicher Teil des Wachstums wird also direkt mit anderen geteilt. »Wir geben nicht ab, was wir übrig haben, sondern teilen das wenige, das wir haben«, sagt die zuständige Ministerin Marta Lomas und fügt an: »Für uns ist das eine Frage des Prinzips.« Auch wenn genaue Zahlen

nicht verfügbar sind, so kann getrost behauptet werden, dass Kuba als eines der wenigen Entwicklungsländer (zusammen mit Vietnam) nicht nur die ersten sieben Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen bis zum Jahr 2015 erreichen, sondern auch das an den Norden gerichtete und dort nie erfüllte Ziel, 0,7% der Wirtschaftsleistung für Entwicklungshilfe auszugeben, übertreffen wird. Und dies, ohne Beiträge an Währungsfond und Weltbank oder gar Militärhilfe in diese Rechnung zu schmuggeln.

Fidels Vermächtnis: Nachhaltigkeit

Kuba leistet sich zudem den »Luxus«, die Zukunft nachhaltig vorzubereiten. Hauptziel der Energierevolution ist es, den Verbrauch auf einen Drittel zu senken und auf lokal verfügbare Energiequellen zu stützen, in einer ersten Etappe mit der Ausnutzung von Sparpotenzialen. Landesweit wurden Energiesparlampen verteilt und energiesparende Kochutensilien, Kühlschränke und Klimaanlage zu subventionierten Preisen installiert, die durch dem Einkommen angepasste Raten abbezahlt werden sollten – mit Blick auf die Tatsache, dass sich ein erheblicher Teil in Zahlungsrückstand befindet. Die ineffizienten Grosskraftwerke noch mit sowjetischer Technologie wurden weitgehend durch dezentralisierte Kleinaggregate ersetzt, die in Notfällen flexibler reagieren, die Übertragungsverluste vermindern und die Ausfälle auf die engere Umgebung beschränken. In Zukunft sollen erneuerbare Energien mehr Gewicht erhalten. So könnte die Windenergie in Zukunft eine wichtige Rolle spielen - verschiedene Projekte sind in Vorbereitung.

Der Klimawechsel betrifft Kuba in zweierlei Hinsicht. Für einen Grossteil der Ostprovinzen wird von zunehmenden Trockenperioden ausgegangen, wie sie schon im Zeitraum 2001-2005 auftraten, als Provinzstädte wie Holguín ihr Trinkwasser zeitweise per Eisenbahn geliefert erhielten. Die landwirtschaftliche Produktion muss diesen Umständen angepasst werden und mit Hochdruck wird an neuen Kleindämmen und Leitungssystemen für technisierte Bewässerungssysteme und Trinkwasserversorgung der Bevölkerung gearbeitet. Die schmale Insel verfügt über keine grossen Flussläufe. Das zweite Problem sind die an Zahl und Heftigkeit zunehmenden tropischen Wirbelstürme. »In meinen ersten 45 Lebensjahren hatte ich keinen Wirbelsturm erlebt und in diesem Jahrtausend bereits fünf davon«, berichtet ein Anwohner der weltweit bekannten Schweinebucht. Die Stürme können jahrelange Arbeit zunichte machen.

Das Thema wird intensiv diskutiert und als eines der wenigen Länder im Süden versucht Kuba proaktiv tätig zu sein. Ein Beitrag dazu ist sicherlich der stetige Ausbau der Waldflächen, die mittlerweile knapp ein Viertel des Landes und bald doppelt soviel wie im Revolutionsjahr 1959 ausmachen. Eine weltweite Studie der über jeden Linksverdacht erhabenen Umweltorganisation WWF korrelierte die Resultate des Entwicklungsindex des UNDP mit dem ökologischen »Fussabdruck« der jeweiligen Länder und kam zu einem überraschenden Ergebnis: Während die meisten armen Länder ökologisch nachhaltig sind und alle Reichen über ihre Verhältnisse leben, gibt es ein einziges Land, das sowohl relativ hoch entwickelt ist und dessen ökologischer Fussabdruck seine Landesgrenzen nicht überschreitet – Kuba.

Sicherlich gehört höherer materiellen Wohlstand zu den Zielen von Bevölkerung und Regierung in Kuba. Dass dies nicht auf Kosten der Umwelt gehen darf, die Mahnung taucht in den letzten Schriftstücken von Fidel Castro mit eindringlicher Häufigkeit auf. Die Sorge um den Planeten und das Überleben der Menschheit und die Umsetzung dieses Postulates aus antiimperialistischer Sicht könnte ein letztes grosses Vermächtnis dieses Mannes an sein Land und die Menschheit sein.

Zurück in die 1980er?

Vielerorts gibt es eine diffuse Sehnsucht nach den Verhältnissen der 1980er Jahre und nicht wenige Kader scheinen die These zu vertreten, dass nach der »Spezialperiode« wieder zum vorherigen Modell einer egalitären und solidarischen Gesellschaft übergegangen werden. Mehrere Gründe sprechen dagegen.

Erstens: Kuba ist zwar eine Insel, aber keineswegs abgeschottet. 2,2 Millionen TouristInnen haben das Land im Jahr 2006 besucht (etwas weniger als 2005), das beeinflusst das nationale Leben, ist unübersehbar und eröffnet nicht wenigen eine attraktive Konsumwelt. Ausserdem ist der Tourismus die Devisenquelle Nummer eins des Landes, und zwar mit steigender Tendenz. Dabei wird der ausländische Anteil an den Investitionen in diesem Bereich reduziert und der Anteil lokaler Produkte in der Branche, der gegenwärtig bei 72% liegt, stetig erhöht.

Zweitens: Eine grosse Anzahl KubanerInnen leben teilweise oder ganz im Ausland. Aber im Gegensatz zum »traditionell« reaktionären Miami-Exil, dessen Lobbygruppen bequem vom Konflikt mit Kuba leben, sind diese KubanerInnen an ihr Land gebunden und wollen die Beziehungen zu ihren Familien aufrechterhalten. Sie sind ausserdem die zweitwichtigste Devisenquelle des Landes: Schätzungen gehen von 600 bis 1.000 Millionen Dollar pro Jahr aus. Angesichts der oft verschlungenen Wege der Gelder – vor allem auch wegen der Restriktionen der US-Regierungen, die derartige Überweisungen erheblich limitiert – sind präzise Zahlen über Ausmass und Verwendung nicht verfügbar, aber es kann nach verschiedenen Quellen davon ausgegangen werden, dass ca. 60% der Bevölkerung über einen gewissen Zugang zu Devisen verfügt.

Ein dritter Faktor sind schliesslich die KubanerInnen, die offiziell ins Ausland reisen. Nicht weniger als 40.702 KubanerInnen taten laut dem zuständigen Ministerium im Jahr 2006 in humanitärer Mission Dienst im Ausland. Es sind dies vor allem Gesundheitspersonal und BildungsexpertInnen mit Schwerpunkten in Venezuela und in Bolivien (aber auch in Osttimor oder Guinea Bissau). Sie erhalten monatlich eine Teil ihres Lohns in Devisen auf ein Bankkonto und können darüber nach ihrer Rückkehr z.B. für den Kauf eines Häuschens oder eines Wagens verfügen. Ausserdem sind sie befugt, alles möglich nach Hause zu bringen, und bei ihrer Rückkehr oft hinter und unter den Koffern und Kisten voller Elektrogeräte, Kleider und Spielwaren bei der Ankunft kaum auszumachen. Sie bringen ausserdem neue Ideen und den Kontakt mit anderen Realitäten mit, und da sie Positionen bekleiden und aufsteigen werden, wird dies nicht ohne Einfluss bleiben. Es ist erstaunlich (oder auch nicht), wie viele dieser KubanerInnen zurückkehren, trotz Arbeitserlaubnis in den USA (während andere lateinamerikanische MigrantInnen jährlich zu Hunderten an der mauerbewehrten US-Südgrenze Grenze sterben). Eine Webseite für das gezielte Abwerben von kubanischen ÄrztInnen kann keine 50 Erfolge für sich verbuchen, und die 38 KubanerInnen, die laut einer Agenturmeldung 2006 Venezuela verlassen haben, um anderswo ihr Glück zu versuchen, sind eine vernachlässigbare Grösse.

Eine grosse Herausforderung für die kubanische Gesellschaft, Regierung und die kommunistische Partei wird es sein, diese neuen Einflüsse zu integrieren und positiv zu nutzen. Denn eine überwiegende Mehrheit der Menschen schätzt die sozialen Errungenschaften und will diese keinesfalls verlieren. Dies trifft vor allem für Frauen zu, die mit der Revolution effektiv gleiche Rechte erhalten haben und in punkto Lohngleichheit beispielsweise im Vergleich mit ihren europäischen Kolleginnen klar besser dastehen. Das betrifft auch die Karrieremöglichkeiten für Frauen: Die fünf Ministerinnen bekleiden wesentliche Posten und am jüngsten Kongress der Gewerkschaftszentrale waren 60% der Delegierten Frauen. Langsam scheint das »Glasdach Löcher zu erhalten« und die Situation der kubanischen Frauen hat mehr mit einer deutschen, denn einer

nicaraguanischen compañera gemeinsam. Ihr vorrangiges Problem ist es, die im öffentlichen Raum erreichte weitgehende Gleichstellung auch im privaten Bereich umzusetzen, da Hausarbeit nach wie vor weitgehend Frauendomäne ist und Vaterschaftsurlaub zwar legal möglich, aber real kaum wahrgenommen wird.

Kuba: Referenzprojekt für die Linke

Eine für relevante Kreise verlockende Alternative ist nicht in Sicht, auch wenn Condoleezza Rice einen gross angekündigten Plan für eine herbeizuführende Übergangsphase erarbeiten liess. Der Inhalt schien dem irakischen Protektorsplan entnommen, der Massnahmenkatalog einem neoliberalen Leitfadens und die Situationsanalyse eher auf Haiti denn auf Kuba zuzutreffen, wenn zum Beispiel von desolaten Zuständen im Gesundheitssystem die Rede war. Genüsslich wurde dies in den kubanischen Medien breitgewalzt, um zu zeigen, wie die propagierte »Alternative« aussehen würde.

Am 2. Dezember 2006 hat Raúl Castro im Rahmen seiner Rede anlässlich des 50. Jahrestages der Landung der Granma, die den Anfang des Befreiungskrieges signalisierte, der US-Regierung Verhandlungen ohne Vorbedingungen angeboten. Im Januar kam eine zehnköpfige US-Kongressdelegation – so viele wie noch nie – nach Havanna. Republikaner aus Öl- und Agrarstaaten, die am hiesigen Markt interessiert sind, haben sich zusammen mit liberalen DemokratInnen verpflichtet, auf eine Lockerung des Embargos hinzuarbeiten und in den vergangenen Wochen erste Schritte unternommen. Wann und ob diese Veränderungen eintreffen werden, steht noch in den Sternen, aber selbst das Wall Street Journal bemerkte jüngst, dass die US-Politik gegenüber Kuba als gescheitert angesehen werden muss und die Isolation einzig dazu dient, das Land enger an Venezuela, Iran und China zu binden.

Kuba steht also nicht mit dem Rücken zur Wand, sondern befindet sich in der besten Position der vergangenen 16 Jahre und kann einen allfälligen Verhandlungsprozess gelassen angehen. Dazu kommt die interne Stärke der kubanischen Gesellschaft. Im Gegensatz zu den realsozialistischen Ländern wurden in der Bevölkerung Grundwerte wie Solidarität und Gerechtigkeit solide verankert und selbst die stürmischen Jahre der langen Wirtschaftskrise haben daran erstaunlich wenig geändert. Kommt hinzu, dass die Leitung in der Bevölkerung geachtet ist und Korruption in den höheren Chargen hart geahndet wird – wie im Fall eines Politbüromitgliedes, das im vergangenen Jahr zu zwölf Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Somit dürften die Minister in Kuba noch längere Zeit symbolisch in Ladas statt in Mercedes unterwegs sein und das Land trotz aller Kontroversen nicht nur für die lateinamerikanische Linke ein Referenzpunkt darstellen.

**Franco Weis begleitet seit über 15 Jahren soziale und politische Prozesse in Lateinamerika.*

Kasten 1

Der kubanische Kulturminister Abel Prieto zur europäischen Linken

Wie sehen Sie die Kritik europäischer Linker an Kuba?

Viele gehen von einem Grundirrtum aus: Sie betrachten das, was wir in diesem Land aufbauen, als zur Familie dessen gehörend, was zusammengebrochen ist. Also, dass wir ein Ausdruck dieses alten, kollabierten Sozialismus seien, folglich also etwas Altes, von der Geschichte Überholtes repräsentieren, Dinosaurier ... Wir stellen in dem, was wir europäische Linke nennen können, ein Phänomen fest, das damit zu tun hat, dass man auf Distanz gehen will zu jenem Sozialismus, zu jener Linken, die sich bürokratisiert hat und die versagt hat.

Sie denken an Stereotypen?

Ja, sie beruhen auf jenen Karikaturen des Realsozialismus. Sie denken, die Einheitspartei sei eine Kopie der sowjetischen und die „Granma“ eine Kopie der „Prawda“. Ich glaube, es gibt eine Unkenntnis unserer Charakteristiken. Hier gibt es Dinge, die mit Demokratie zu tun haben und nichts mit dem zu tun haben, was im sozialistischen Block geschehen ist.

Zum Beispiel?

Zum Beispiel muss ich als Minister vor der Kulturkommission des Parlaments antraben und Rechenschaft ablegen; als Abgeordneter muss ich demnächst in Consolación del Sur, wo ich gewählt wurde, meinen WählerInnen Red und Antwort stehen. Ich gehe zum Pionierkongress, um den Kindern und Jugendlichen darzulegen, was wir machen, warum es nicht mehr Comics im Fernsehen gibt ...

(Aus der baskischen Zeitung Gara 2.07)